



# Newsletter Regina Jäck

Wahlkreisabgeordnete  
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. Ich freue mich auf Ihre Anregungen, Wünsche und Fragen.

Am 31. Januar haben wir in der Aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft über die starke zivilgesellschaftliche Bewegung gegen Rechtsextremismus, für die auch am letzten Wochenende hunderttausende Menschen in ganz Deutschland auf die Straße gegangen sind, debattiert.

Gemeinsam haben wir auf den beiden Großdemonstrationen in den letzten zwei Wochen mit jeweils zehntausenden von Teilnehmenden ein überaus starkes Signal der Hamburger Zivilgesellschaft für ein weltoffenes, demokratisches Hamburg und Deutschland gesendet.

Herzliche Grüße

Ihre  
Regina Jäck

**Veranstaltung mit  
Laura Frick am  
27. Februar im  
Abaton**

Am Dienstag, 27.2.  
um 19 Uhr zeigt das  
Abaton-Kino den Film  
,Die  
Gewerkschafterin‘  
mit anschließendem  
Gespräch in  
Kooperation mit der  
Friedrich-Ebert-  
Stiftung.

**Nächste  
Bürgerschafts-  
sitzung am 14.  
Februar ab 13.30  
Uhr**

Unter der  
Seite [Bürgerschaft  
Live - Hamburgische  
Bürgerschaft -  
Hamburgische  
Bürgerschaft](#) kann die  
Sitzung am  
Sitzungstag live  
verfolgt werden.

Für gehörlose  
Menschen gibt es  
eine Übertragung in  
Gebärdensprache.

**Infostand in  
Bramfeld:  
9. Februar 2024,  
10-12 Uhr**

Auch 2024 laden wir  
wieder gemeinsam  
zu Infoständen ein.  
Am 9. Februar freuen  
mein Kollege Lars  
Pochnicht und ich uns  
auf Ihre Themen und  
Anregungen.

Sie finden uns von  
10-12 Uhr am  
Infostand auf dem  
Bramfelder  
Wochenmarkt.

---

# Aktuelle Stunde: Starke Zivilgesellschaft und wehrhafte Demokratie gegen Rechtsextremismus

Am 31. Januar haben wir in der Aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft über die starke zivilgesellschaftliche Bewegung gegen Rechtsextremismus, für die auch am letzten Wochenende hunderttausende Menschen in ganz Deutschland auf die Straße gegangen sind, debattiert. Aus unserer Sicht ist dies ein überwältigendes Zeichen für Toleranz und gegen die menschenverachtenden Pläne rechter Demokratiefeinde. Wir haben das Thema unter dem Titel „Starke Zivilgesellschaft, wehrhafte Demokratie: Hamburg steht auf gegen Rechtsextremismus“ angemeldet.

Dazu Dirk Kienscherf, unser Fraktionsvorsitzender: „Hunderttausende Menschen haben in den letzten zwei Wochen in ganz Deutschland ein Zeichen gegen Hass und rechte Ideologien gesetzt. Das macht Mut und zeigt, wie wehrhaft und lebendig unsere Demokratie ist. Angriffen von Rechts zum Trotz geht auch von Hamburg ein starkes Zeichen gegen Hass und Hetze aus. Die beiden Großdemonstrationen in den letzten zwei Wochen mit jeweils zehntausenden von Teilnehmenden sind ein überaus starkes Signal der Hamburger Zivilgesellschaft für ein weltoffenes, demokratisches Hamburg und Deutschland.

Die vielen Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft, jung oder alt, aus Gewerkschaften und der Wirtschaft, mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, sind mit einem gemeinsamen Ziel auf die Straße gegangen: Für ein Land ohne Hass und Ausgrenzung, für ein Land des sozialen Zusammenhalts. Sie alle stehen ein für eine bunte Stadt, die diskutiert, die auch streitet, aber die in einem sehr klar ist: Rechtsextremismus und Menschenverachtung dürfen nie wieder die Oberhand gewinnen. Es ist ein klares Signal: Wir gehören zusammen und wir kämpfen dafür, dass es so bleibt. Jetzt gilt es, im Alltag noch viel stärker gegen rechtsradikale Tendenzen vorzugehen und sich einzumischen.

Die halbherzigen Versuche der Hamburger AfD, sich von dem Geheimtreffen in Potsdam und den menschenverachtenden Deportationsplänen zu distanzieren, sind nicht glaubwürdig. Der Missbrauch der Bannmeile durch die AfD-Fraktion, um die Demonstration gegen rechte Netzwerke auf dem Rathausmarkt zu verhindern, spricht Bände. Dass die AfD-Fraktion weiterhin eine Abgeordnete in ihren Reihen duldet, die sich öffentlich mit Rechtsradikalen wie Martin Sellner solidarisiert, dass ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender eine abgeänderte Version des Hitlerjugend-Liedes herausgegeben hat und dass ihr Fraktionsvorsitzender sich mit Neonazis im Rathauskeller zusammensetzt – das alles sind Belege dafür, dass die Hamburger AfD ganz im Geiste ihrer Bundespartei agiert. Landtags- und Bundestagsabgeordnete der AfD aus ganz Deutschland erklären, die Deportationspläne von Potsdam seien kein Geheimplan, sondern das Parteiprogramm.

Die AfD versucht tagtäglich Hass, Hetze und Menschenverachtung in die Mitte unserer Gesellschaft zu bringen. Sie unterstützt nicht nur den Rechtsextremismus, sie ist Teil dieser menschenverachtenden Geisteshaltung. Es zeigt sich immer deutlicher das wahre Gesicht einer Partei, die sich immer stärker an der Ideologie des menschenverachtenden NS-Regimes orientiert. Wir Demokrat:innen stellen uns dagegen, auf der Straße und im täglichen Leben – damit auch unsere Kinder in einem freien, demokratischen und vielfältigen Land leben können.“



# Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: „Die Stadt der Inklusion ist für uns eine Herzensangelegenheit“

Wir haben am 31. Januar in der Hamburgischen Bürgerschaft die dritte Evaluation des Hamburger Landesaktionsplans zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen debattiert. Der SPD-Senat hatte den Plan 2012 ins Leben gerufen, um das Ziel einer barrierefreien und inklusiven Stadt voranzutreiben. Der Landesaktionsplan wurde mit den Stimmen der demokratischen Parteien zur Beratung in alle Fachausschüsse der Hamburgischen Bürgerschaft überwiesen.

Dazu habe ich in meiner Rede in der Bürgerschaft ausgeführt: „Der Landesaktionsplan markiert einen bedeutenden Meilenstein in Hamburgs Bestreben, eine inklusive Stadt zu sein. Den Senatsbericht, den Maßnahmenkatalog sowie die Stellungnahmen der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen e.V. werden wir in allen Fachausschüssen der Hamburgischen Bürgerschaft sorgfältig beraten.“

Hervorzuheben ist sicherlich schon jetzt die Stärkung des Kompetenzzentrums für ein barrierefreies Hamburg. Dieses bundesweite Leuchtturmprojekt bündelt die Kompetenzen für Barrierefreiheit und macht sie für alle sichtbar und erreichbar.

Seit 2012 haben wir bei der Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung bereits sehr viel erreicht. Das gilt nicht nur für die ganz großen Projekte, wie den barrierefreien Ausbau der Schnellbahnhaltstellen, sondern gerade auch für die vielen Unterstützungsangebote, die die Stadt bereitstellt und fördert.

So ist beispielsweise das Haus für Barrierefreiheit zu einer wichtigen Anlaufstelle für Betroffene geworden, die sich vor Ort über innovative Lösungen aus den Bereichen SmartHome oder digitale Assistenzsysteme informieren können. Das alles zeigt: Der Landesaktionsplan ist nicht bloß ein bürokratisches Dokument, sondern verbessert das Leben vieler Menschen in Hamburg ganz konkret. Die Stadt der Inklusion ist für uns eine Herzensangelegenheit, die unser aller Einsatz erfordert. In diesem Prozess spielt die Beteiligung von Menschen mit Behinderung sowie der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle. Wir danken allen Beteiligten für ihr Engagement. Gemeinsam können wir die Teilhabe von Betroffenen und Angehörigen weiter verbessern.“

## Hintergrund

Die Neuauflage des Landesaktionsplans ist in vier Handlungsfelder unterteilt, die sich an den Lebenswelten von Menschen mit Behinderungen orientieren und darauf abzielen, ihre Lebensqualität und Teilhabe zu fördern. Dazu zählen die gesamtstädtische Herangehensweise sowie die Bereiche „Bildung, Bauen, Wohnen“, „Verkehr, Arbeit, Beschäftigung“ und „Gesundheit und Pflege“. Zu den Maßnahmen gehören unter anderem die systematische Integration von Themen der UN-Behindertenrechtskonvention in Aus- und Fortbildungen der Stadt Hamburg sowie die geplante Stärkung des Kompetenzzentrums für ein barrierefreies Hamburg. Trotz der schwierigen Ausgangslage in den Jahren der Corona-Pandemie ist es gelungen, auch bei der dritten Evaluation ein breit angelegtes Teilnahmeverfahren zu ermöglichen, an dem sich alle Hamburger:innen beteiligen konnten. Die Evaluation und Weiterentwicklung des Landesaktionsplans wurde zuletzt in den Jahren 2015 und 2019 durchgeführt.

---

# Wohnraumförderung 2023: „Hamburg stemmt sich erfolgreich gegen die Krise“

Unsere Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein hat am 30. Januar die Bilanz der Wohnraumförderung für das Jahr 2023 vorgestellt. Demnach ist bei den bewilligten Sozialwohnungen im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 27 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt waren 2.380 Bewilligungen für geförderte Wohnungen erteilt worden. Hamburg bleibt damit in Deutschland unangefochtener Spitzenreiter im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Bei den Modernisierungsmaßnahmen ist ein steigender Trend auf jetzt 4.170 Bewilligungen zu verzeichnen. Mit einem neuen 3. Förderweg wird Hamburg 2024 ein zusätzliches Segment im geförderten Wohnungsbau schaffen.

Dazu Martina Koeppen, unsere stadtentwicklungspolitische Sprecherin: „Der Anstieg der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau um 27 Prozent ist vor dem Hintergrund der eingetrübten Rahmenbedingungen ein wichtiges Signal. Hamburg stemmt sich erfolgreich und verlässlich gegen die Krise im Wohnungsbau. Die niedrigen Fertigstellungszahlen in 2023 sind keine Überraschung und liegen im allgemeinen Trend. Rund 44 Prozent der neu genehmigten Wohnungen sind Sozialwohnungen – das ist eine sehr gute Quote.“

Bei der Wohnförderung liegt Hamburg im Vergleich aller Bundesländer mit rund 780 Millionen Euro mit weitem Abstand an der Spitze. Hamburg beweist damit eine stabile und sehr verlässliche Förderkulisse. Auch die vor kurzem veröffentlichte Pestel-Studie bestätigt Hamburgs Erfolge im Bereich der geförderten Wohnungen. Zusammen mit dem Bündnis für das Wohnen wollen wir den Motor im Wohnungsbau auch 2024 am Laufen halten. In diesem Jahr wird mit dem von uns angeschobenen 3. Förderweg ein neues Segment im geförderten Wohnungsbau an den Start gehen und den sozialen Wohnungsbau zusätzlich stabilisieren.“

---

# Kulturbehörde stärkt den interkulturellen Austausch in Hamburg mit knapp 500.000 Euro

## Förderentscheidung interkulturelle Projekte und Festivals 2024

Unsere Behörde für Kultur und Medien fördert in diesem Jahr Projekte der interkulturellen Arbeit mit 90.000 Euro sowie interkulturelle Festivals mit 405.000 Euro aus der Kultur- und Tourismustaxe. Ziel der spartenübergreifenden Förderung ist es, interkulturelle künstlerische Positionen zu stärken und dadurch den interkulturellen Dialog in der Stadtgesellschaft erlebbar zu machen. Eine Fachjury hat dazu die Behörde für Kultur und Medien beraten und Projekte für die Förderung ausgewählt.

Dr. Carsten Brosda, unser Senator für Kultur und Medien: „Unsere Gesellschaft ist vielfältig und wird geprägt von unterschiedlichen kulturellen Lebensrealitäten. Diese wollen wir mit den interkulturellen Projekten und Festivals sichtbar machen und zum gesellschaftlichen Austausch anregen. In einer Zeit, in der unsere offene Gesellschaft immer mehr unter Druck gerät, wollen wir damit auch Haltung zeigen: gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für eine Gesellschaft, in der unterschiedliche Kulturen, Religionen und Menschen friedlich miteinander leben können. Dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder sexuellen Orientierung gleich sind, ist fest in unserem Grundgesetz verankert. Künstlerische Projekte leisten einen wichtigen Beitrag, da sie Menschen zusammenbringen und Neugierde auf andere Ausdrucksweisen wecken. Wir sind gespannt auf die Umsetzung der vielfältigen Projekte, die unsere Stadtgesellschaft beleben!“

## Projektförderung

Mit der Förderung interkultureller Projekte unterstützt die Behörde für Kultur und Medien in Hamburg wohnende Künstlerinnen und Künstler mit internationaler Geschichte sowie Personen, Vereine und Gruppen, die künstlerisch zu interkulturellen Themen arbeiten. Für 2024 stehen 90.000 Euro zur Verfügung. Der Fachjury gehörten an: Mohammed Ghunaim, Referent für Diversität des Thalia Theaters, Dr. Nana Kintz, Kunsthistorikerin, Programmabteilung Kultur, Diversity, der Hamburger Volkshochschule, und Pascal Schmidt, Tänzer\*in, Workshopleiter\*in und Choreograf\*in.

Bei der Auswahl der Förderungen standen für die Jury die Fragen und auch Sorgen einer kulturell vielfältigen Gesellschaft im Vordergrund. So berücksichtigte sie insbesondere Projekte, die viele unterschiedliche Akteure und Akteurinnen beteiligten und sichtbar machen. Auch die Verteilung von Machtverhältnissen sowie die Nachhaltigkeit der künstlerischen Konzepte wurden in die Entscheidung einbezogen. Eine ausführliche Bewertung der Projekte durch die Jurorinnen und Juroren finden Sie unter: [Förderung des interkulturellen Kulturaustausches in Hamburg - hamburg.de](https://www.forderung-des-interkulturellen-kulturaustausches-in-hamburg.de)

## Förderung aus der Kultur- und Tourismustaxe

Mit insgesamt 405.000 Euro aus der Kultur- und Tourismustaxe werden Festivals mit überregionaler Strahlkraft zu interkulturellen Themen gefördert, darunter das transkulturelle Festival „fluctoplasma - 96 Stunden Kunst. Diskurs. Diversität“, das auf Kampnagel stattfindende „KRASS Kultur Crash“ Festival, die „altonale/STAMP“ sowie das deutsch-türkische „Theaterbrückenfestival“ im MUT Theater. Für ihr Programm „in:szene“ erhält die W3 - Werkstatt für internationale Kultur und Politik ebenfalls Mittel aus der Kultur- und Tourismustaxe.

---

# Förderung vor Ort: Mehr Geld für den Quartiersfonds

Der Quartiersfonds ist ein wirksames Instrument bedarfsgerechter Förderung vor Ort und ein Hamburger Erfolgsprojekt. Mit den dort bereitgestellten Geldern werden seit vielen Jahren zahlreiche kulturelle sowie soziale Einrichtungen, Vereine und andere ehrenamtliche Institutionen finanziert. Angesichts der hohen Inflation, aktueller Energiepreise und gestiegener Gehälter möchten wir als Regierungsfractionen von SPD und Grünen das Projekt nun ausweiten.

Ab 2025 sollen eine Million Euro pro Jahr zusätzlich bereitgestellt werden, bereits für das Haushaltsjahr 2024 sind zudem einmalig zwei Millionen Euro extra für Investitionen in den Bezirken vorgesehen. Ebenso erhöhen wir die Mittel, die die Durchführung von Vereinssport an Schulsportstätten möglich machen, ab 2025 dauerhaft auf eine Million Euro. Den entsprechenden Antrag haben wir in der Hamburgischen Bürgerschaft in der Sitzung am 31. Januar beschlossen.

Dazu Milan Pein, unser haushaltspolitischer Sprecher: „Wir blicken vorausschauend auf die wachsenden Herausforderungen in den Quartieren und gehen sie proaktiv an. Der Quartiersfonds erfährt mit den zusätzlichen Mitteln eine entscheidende Aufwertung und bleibt ein Herzstück unserer Regierungsarbeit. Ab 2025 gibt es jährlich eine Million Euro zusätzlich für den konsumtiven Quartiersfonds, das Investitionsprogramm ‚Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit‘ wird bereits 2024 um einmalig zwei Millionen Euro angehoben. Beides bedeutet in den Bezirken wichtige Rückendeckung für die Arbeit der Träger und ihre Projekte.“

Gerade in Zeiten steigender Kosten und sozialer Herausforderungen wollen wir die soziale Teilhabe und kulturelle Vielfalt in Hamburgs Stadtteilen sichern und weiter fördern. Besonders hervorzuheben ist die strukturelle Erhöhung der Mittel für Vereinsbedarfe: Sie werden dem Vereinssport und der lokalen Infrastruktur ab 2025 eine wichtige Stütze sein und sie nachhaltig stärken.“

---



# Verfahrenslotsen unterstützen junge Menschen mit Behinderung und ihre Familien

Für junge Menschen mit Behinderung und ihre Familien in Hamburg gibt es seit dem 1. Januar 2024 ein neues Beratungs- und Unterstützungsangebot: Verfahrenslotsen beraten und begleiten junge Menschen mit Behinderung sowie deren Familien bei der Verwirklichung der ihnen zustehenden Leistungen. Darüber hinaus unterstützen sie die Hamburger Jugendhilfe dabei, passgenaue Angebote für die Zielgruppe zu erarbeiten.

Die Verfahrenslotsen haben vielfältige Aufgaben: Sie unterstützen junge Menschen mit drohender oder vorliegender Behinderung sowie ihre Eltern, Pflegeeltern, Personensorge- und Erziehungsberechtigten bei der Beantragung von Leistungen der Eingliederungshilfe, sie bieten Orientierung in den verschiedenen Rehabilitationsverfahren und geben Informationen über weitere Hilfs- und Beratungsangebote. Sie begleiten auf Wunsch auch zu behördlichen Terminen und setzen sich dafür ein, dass der individuelle Teilhabe- und Unterstützungsbedarf von jungen Menschen mit drohender oder vorliegender Behinderung erfüllt wird. Außerdem kooperieren die Verfahrenslotsen unter anderem mit Kitas, Schulen sowie deren Beratungs- und Unterstützungssystemen.

Unsere Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer: „Junge Menschen mit Behinderungen haben oftmals sehr unterschiedliche Hilfe- und Förderbedarfe, für die eine Vielzahl von Stellen zuständig sind. Die Verfahrenslotsen helfen ihnen, in diesem Zuständigkeitsdschungel die richtigen Unterstützungsangebote zu finden. Sie sorgen dafür, dass die jungen Menschen zu ihrem Recht kommen und die ihnen zustehenden Leistungen tatsächlich erhalten. Damit leisten die Verfahrenslotsen einen wichtigen Beitrag zu mehr gleichberechtigter Teilhabe von jungen Menschen mit Behinderung.“

Das Beratungsangebot der Verfahrenslotsen ist kostenfrei, unabhängig und vertraulich. Der Kontakt zu den Verfahrenslotsen ist auf verschiedenen Wegen möglich. Für eine erste Kontaktaufnahme sind die Verfahrenslotsen telefonisch unter der Lotsenhotline 040 42863 4900 oder per Mail unter [verfahrenslotsen@soziales.hamburg.de](mailto:verfahrenslotsen@soziales.hamburg.de) erreichbar. Anschließend wird gemeinsam ein zeitnahes persönliches Beratungsgespräch vereinbart. Auf Wunsch sind auch Hausbesuche und Videoberatungen möglich. Weitere Informationen wurden unter [www.hamburg.de/verfahrenslotsen](http://www.hamburg.de/verfahrenslotsen) veröffentlicht.

## Hilfen aus einer Hand

Die Verfahrenslotsen sind ein zentraler Baustein des 2021 verabschiedeten Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG), mit dem die Inklusive Jugendhilfe auf dem Weg gebracht wurde. Ab 2028 sollen die Jugendämter für alle jungen Menschen mit und ohne Behinderung zuständig sein und Hilfen aus einer Hand gewähren. Die Verfahrenslotsen unterstützen die Behörden und Ämter in diesem Entwicklungsprozess.

Das Beratungs- und Unterstützungsangebot der Verfahrenslotsen ist Teil des Hamburger Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Weitere Informationen zum Landesaktionsplan gibt es im Internet: [www.hamburg.de/mit-uns](http://www.hamburg.de/mit-uns).

---

# Nach Wahl der Schulsenatorin: SPD- Fraktion Hamburg besetzt frei gewordene Positionen



Wir haben in unserer Fraktionssitzung am 29. Januar eine Reihe von Positionen neu besetzt, die seit der Wahl unserer bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und sozialpolitischen Sprecherin der Fraktion, Ksenija Bekeris, zur neuen Senatorin für Schule und Berufsbildung unbesetzt waren. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde unsere kulturpolitische Sprecherin Isabella Vértes-Schütter gewählt. Als neues Mitglied rückt die Abgeordnete Clarissa Herbst in den Fraktionsvorstand auf. Neue sozialpolitische Sprecherin der Fraktion ist Annkathrin Kammeyer, ihre bisherige Funktion als wissenschaftspolitische Sprecherin übernimmt Philine Sturzenbecher.

Dazu Dirk Kienscherf, unser Fraktionsvorsitzender: „Ich freue mich sehr, dass wir mit Isabella Vértes-Schütter eine renommierte und engagierte Stimme der Hamburger Kulturszene als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewinnen konnten. Clarissa Herbst wird den Fraktionsvorstand künftig insbesondere mit den Themen Bildungsgerechtigkeit und Wirtschaft verstärken. Mit Annkathrin Kammeyer tritt eine erfahrene Fachsprecherin die Nachfolge von Ksenija Bekeris als sozialpolitische Sprecherin an und wird die sozialpolitischen Themen unserer Stadt zusammen mit dem Arbeitskreis weiter voranbringen. Philine Sturzenbecher hat die Hamburger Wissenschaftspolitik bereits als stellvertretende Arbeitskreisvorsitzende der Fraktion intensiv begleitet und wird dieses Engagement nun als Fachsprecherin fortführen. Die Fraktion hat für alle vier wichtigen Positionen sehr gute Nachfolgelösungen finden

können. Dies zeigt, dass die Fraktion in der Breite mit großer Fachkompetenz besetzt ist. Gemeinsam werden wir Hamburg weiter voranbringen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.“

Pressebild, Bildquelle „SPD-Fraktion Hamburg“:

Der Fraktionsvorsitzende Dirk Kienscherf mit der neuen stellvertretenden Vorsitzenden Isabella Vértes-Schütter (vorne rechts), Vorstandsmitglied Clarissa Herbst (hinten links), der sozialpolitischen Sprecherin Annkathrin Kammeyer (hinten rechts) und der wissenschaftspolitischen Sprecherin Philine Sturzenbecher (vorne links).

---

# E-Scooter in Hamburg: Mehr Abstellflächen für weniger Konflikte

Wir setzen uns für fest definierte Abstellflächen für E-Scooter im gesamten Stadtgebiet ein. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf Verkehrsknotenpunkten liegen. So sollen Konflikte mit fahrlässig abgestellten E-Scootern – insbesondere auf Gehwegen – reduziert werden. Im Schanzenviertel sowie in anderen Stadteilen haben erste Pilotprojekte mit diesem Modell erhebliche Erfolge erzielt.

Dazu Ole Thorben Buschhüter, unser verkehrspolitischer Sprecher: „Über elf Millionen Fahrten alleine im letzten Jahr zeigen, dass die E-Scooter in Hamburg auf eine hohe Nachfrage stoßen. Doch rücksichtslos abgestellte Roller auf Gehwegen, in Eingängen oder auf Grünstreifen sind ein Ärgernis, das wir angehen müssen. Insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen oder Menschen mit Behinderungen werden falsch abgestellte oder umgefallene E-Scooter schnell zur Stolperfalle oder einem unüberwindbaren Hindernis. Deshalb wollen wir mehr Abstellflächen, überall dort, wo das sinnvoll, notwendig und machbar ist.

Mit weiteren Roller-Parkplätzen im ganzen Stadtgebiet – also fest definierten Flächen, auf denen die Roller wieder abgegeben werden müssen – können wir das Problem direkt angehen und wieder für Platz und Ordnung sorgen. Gerade an Verkehrsknotenpunkten wie Schnellbahnhaltstellen, an denen oft vom oder auf einen E-Scooter umgestiegen wird, ist das sinnvoll. Aber auch an Orten, zu denen es in der Vergangenheit viele Beschwerden über falsch abgestellte E-Scooter gab, braucht es fest definierte und verpflichtende Abstellflächen. Klare Regeln seitens der Stadt beugen hier Ärgernissen vor und entschärfen bestehende Konflikte. Das hilft auch, die Stärken der E-Scooter besser zur Geltung zu bringen und damit ihre Akzeptanz zu erhöhen.“

## Hintergrund

Bislang gibt es 34 fest definierte Abstellflächen in Hamburg, in deren näherem Umfeld das Abstellen von E-Scootern nicht möglich ist. Im Rahmen eines Pilotprojektes waren im März 2021 zunächst vier feste Abstellflächen im Schanzenviertel entstanden. Die Flächen befinden sich an den Eingängen zum Stadtteil in den Bereichen Altonaer Straße/Schulterblatt, Altonaer Straße/Schanzenstraße, Neuer Pferdemarkt/Beckstraße und an der U-Bahn-Station Sternschanze. Weitere Abstellflächen gibt es unter anderem auch am Jungfernstieg, am Hachmannplatz oder am S-Bahnhof Bergedorf. Werden die E-Roller in den No-Parking-Zonen um die Abstellflächen herum abgestellt, kann die Miete nicht beendet werden und die Kosten für die Nutzenden laufen weiter. Die Abstellflächen werden nach Eindruck von Anbietern, Behörde und Polizei sehr gut angenommen.

---

## Neujahrsempfang für inklusive Unternehmen

Auf Einladung der Hamburger Senatskordinatorin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, Ulrike Kloiber, trafen sich am 1. Februar inklusive Unternehmen aus zahlreichen Branchen zum Neujahrsempfang im Hamburger

Rathaus. Unter Beteiligung der Gleichstellungssenatorin Katharina Fegebank und der Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit tauschten sich die Teilnehmenden u. a. zum Thema Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Unternehmen aus, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen.

Am Donnerstagnachmittag tauschten sich im Hamburger Rathaus etwa 150 Gäste über ihre Erfahrungen, Konzepte und aktuellen Informationsbedarfe zur Inklusion in ihren Unternehmen aus. Darunter Behördenvertreterinnen und -vertreter sowie Interessensvertretungen wie der Arbeitsgemeinschaft der Vertrauenspersonen der Hamburger Wirtschaft.

Katharina Fegebank, Gleichstellungssenatorin: „Inklusion ist, wenn alle mitmachen können. Offen, inklusiv und frei zugänglich sollte der Arbeitsmarkt sein. Und viel hat sich in den vergangenen Jahren getan: Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten für inklusive Unternehmen haben sich verbessert. Und das ist wichtig, denn die Teilhabe am Erwerbsleben ist für Menschen mit Behinderungen entscheidend für ein chancengleiches Leben. Eine Vorbildfunktion nehmen all die Unternehmen ein, die heute Abend mit dabei sind. Sie zeigen, dass die Zusammenarbeit zwischen Menschen mit und ohne Behinderung in der Praxis nicht nur sehr gut funktioniert, sondern auch bereichernd ist.“

Ulrike Kloiber, Senatskordinatorin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen: „Zahlreiche Unternehmen betrachten Inklusion mittlerweile als Chance und als Investition in die Zukunft. Das freut mich sehr und es gilt, dies zu würdigen. Angesichts des demografischen Wandels und des Fach- und Führungskräftemangels bieten Menschen mit Behinderungen ein großes Potential, das wir heben sollten. Letztendlich gilt auch: Wer jetzt Vielfalt in seinem Unternehmen fördert und Arbeit so strukturiert, das Beschäftigte mit und ohne Behinderungen davon profitieren, könnte in Zukunft einen Wettbewerbsvorteil haben. Dabei werden die Digitalisierung und KI in Zukunft gute Dienste leisten können.“

### **Hintergrund**

Gemäß Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) sollen Menschen mit Behinderungen „einer Erwerbsarbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachgehen können, die ihren Qualifikationen, Fähigkeiten und Neigungen entspricht.“ Trotz verschiedenster Anstrengungen und Fördermöglichkeiten fällt die Erwerbstätigkeit von Menschen mit Behinderungen noch immer deutlich geringer aus als die von Menschen ohne Behinderungen. Darüber hinaus haben es Menschen mit Behinderungen deutlich schwerer aus einer Arbeitslosigkeit herauszukommen als Menschen ohne Behinderungen. Im Durchschnitt sind Menschen mit Behinderung etwa 100 Tage länger auf Arbeitssuche als Menschen ohne Behinderungen. Zum Ende des Jahres 2023 waren in Hamburg 3.159 Menschen mit Schwerbehinderung in Hamburg als arbeitssuchend gemeldet, das entspricht einem Anteil von 4,2 Prozent an der Gesamtzahl der Arbeitssuchenden.

Die Treffen mit inklusiven Unternehmen finden einmal im Jahr statt und dienen dem Zweck, weitere Hamburger Unternehmen für Inklusion zu gewinnen und deutlich mehr Menschen mit Behinderungen in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Ferner sollen bereits inklusiv arbeitende Unternehmen für eine kollegiale Beratung interessierter Unternehmen gewonnen werden.

### **Senatskordinatorin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**

Wesentliche Aufgabe der Senatskordinatorin ist es insbesondere, aus einer unabhängigen Position heraus zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung zu vermitteln. Ferner steht sie als koordinierende Stelle für Menschen mit Behinderungen und deren Verbänden und Organisationen zur Verfügung.

Ebenso hat die Senatskordinatorin darauf hinzuwirken, dass die Verantwortung der Behörden für die Beseitigung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen von Frauen mit Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wahrgenommen wird. Auch kann die Senatskordinatorin Maßnahmen anregen und dabei die Zivilgesellschaft einbinden. Ferner hat der Senat die



Senatskoordinatorin frühzeitig bei allen Gesetzes-, Verwaltungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben zu beteiligen, die die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen betreffen oder berühren.

Das Amt der Senatskoordinatorin oder des Senatskoordinators für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wird gemäß des Hamburgischen Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (HmbBGG) von der Hamburgischen Bürgerschaft auf Vorschlag des Senats für die Dauer der Legislaturperiode gewählt.

---

# **Geflüchtete im Arbeitsmarkt: Beschäftigungszahlen belegen Hamburgs erfolgreiche Integrationspolitik**

Immer mehr Geflüchtete in Hamburg üben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine Schriftliche Kleine Anfrage unserer Bürgerschaftsabgeordneten Kazim Abaci und Jan Koltze hervor. Demnach hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den acht nicht-europäischen Hauptherkunftsländern seit 2016 vervierfacht. Hamburg belegt bei der Beschäftigungsquote unter Geflüchteten bundesweit einen Spitzenplatz und liegt beim Anteil der Fachkräfte deutlich über dem Bundesschnitt. Dies ist ein Beleg für die überaus erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik unseres Senats.

Dazu Kazim Abaci, unser Fachsprecher für Migration, Integration und Geflüchtete: „Die Zahlen zur Integration Geflüchteter in den Hamburger Arbeitsmarkt stimmen sehr positiv. Der Senat hat 2015 frühzeitig auf die steigende Zahl von Geflüchteten aus Kriegs- und Krisengebieten reagiert und fortlaufend Strukturen zur besseren Integration in den Hamburger Arbeitsmarkt geschaffen. Das Hamburg Welcome Center bietet ein breites Unterstützungsangebot für zugewanderte und zuwanderungswillige Fachkräfte. Der Erfolg des Hamburg Welcome Center lässt sich mit Zahlen belegen: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den acht zugangsstärksten Herkunftsländern hat sich seit 2016 vervierfacht. Davon arbeiten fast zwei Drittel, genau 63,5 Prozent, als Fachkräfte – deutlich mehr als im Bundesschnitt. Die meisten Geflüchteten sind in der Gastronomie, dem Einzelhandel oder in der Zeitarbeit tätig und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels – insbesondere in Branchen, die stark vom Zuzug neuer Fachkräfte abhängig sind. Hamburg tut viel für die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und hilft damit sowohl den Hamburger Unternehmen als auch den Geflüchteten – eine klassische Win-Win-Situation.“

Dazu Jan Koltze, unser Fachsprecher für Arbeit und Gewerkschaften: „Erfolgreiche Vermittlung in gute Arbeit ist der zentrale Baustein für eine gelingende Integration und ein gutes Leben insgesamt. Voraussetzung dafür sind Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung. Wir setzen seit Jahren auf nachhaltige Beschäftigung, also sozialversicherungspflichtige Arbeit statt Minijobs. Unser Ziel ist es, dabei die fachliche Qualifikation der Menschen

bestmöglich zu nutzen und zu fördern. Das gelingt dem Hamburg-Welcome-Center sehr gut, und das haben wir mit zusätzlichen Maßnahmen im Corona-Sonderarbeitsmarktprogramm weiter unterstützt. Die Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung und insbesondere zur Weiterbildung sind in den letzten Jahren ausgeweitet worden und erreichen nun deutlich mehr Geflüchtete als zuvor. Auch im Bereich der Berufsausbildung lässt sich der Erfolg der Hamburger Integrationspolitik ablesen. Immer mehr junge Geflüchtete beginnen eine Berufsausbildung. Die Zahl der Auszubildenden aus den acht Hauptherkunftsländern ist von 2016 bis 2022 von 756 auf 2.698 gestiegen. Die Zahl der Absolvent:innen ist im selben Zeitraum um 450 Prozent angewachsen. Diese Zahlen sind besonders erfreulich, denn eine Berufsausbildung hilft jungen Geflüchteten bei der gesellschaftlichen Integration – und Hamburg kann junge Fachkräfte dringend gebrauchen. All dies zeigt: Die Integration geflüchteter Menschen in den Hamburger Arbeitsmarkt ist eine Erfolgsgeschichte.“

## Hintergrund

In den Jahren 2015 und 2016 haben rund eine Million Geflüchtete aus nicht europäischen Ländern vor Kriegen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen Schutz in Deutschland gesucht – auch in Hamburg. Die acht zugangsstärksten Herkunftsländer im Zuge dieser Fluchtbewegungen waren Syrien, Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan und Somalia.

---

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro  
Regina Jäck  
Neusurenland 107  
22159 Hamburg  
Deutschland

040-74214997

